Beschlussvorlage
PA/042/2025

Beratung	Datum	Behandlung	Ziel
Personal- und Organisationsausschuss	06.05.2025	öffentlich	Beschluss

Betreff:
Verbeamtung mit sonstigem Qualifikationserwerb (Art. 38, 39 LlbG)
hier: Weiterentwicklung auf Grundlage des Gesetzes zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften (Inkrafttreten zum 01.07.2024)

Anlagen:
Gutachten_sonstiger_Qualifikationserwerb

Sachverhalt (kurz):

Die Stadt Nürnberg passt ihre Praxis der Verbeamtung an die zum 01.07.2024 geänderten gesetzlichen Rahmenbedingungen an. Verbeamtungen sollen künftig weiterhin restriktiv gehandhabt und auf verwaltungsnahe Studiengänge sowie begründete Einzelfälle mit herausgehobenem dienstlichen Bedarf beschränkt werden, um langfristige finanzielle Risiken zu minimieren. Der Fokus liegt auf einer nachhaltigen Personalstrategie unter Berücksichtigung von Qualifikation, Einsatzmöglichkeiten und Personalbindung.

1. Finanzielle Auswirkungen:

☒ Noch offen, ob finanzielle Auswirkungen

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:
Die finanziellen Auswirkungen sind abhängig von der Anzahl der tatsächlich vorgenommenen Verbeamtungen und den persönlichen Werdegängen der einzelnen Personen.

(→ *weiter bei 2.*)

☐ Nein (→ *weiter bei 2.*)

☐ Ja

☐ Kosten noch nicht bekannt

☐ Kosten bekannt

Gesamtkosten	€	**Folgekosten**	€ pro Jahr
		☐ dauerhaft	☐ nur für einen begrenzten Zeitraum
davon investiv	€	davon Sachkosten	€ pro Jahr
davon konsumtiv	€	davon Personalkosten	€ pro Jahr

Stehen Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen ausreichend zur Verfügung?
(mit Ref. I/II / Stk - entsprechend der vereinbarten Haushaltsregelungen - abgestimmt, ansonsten Ref. I/II / Stk in Kenntnis gesetzt)

☐ Ja

☐ Nein | Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:

☒ Nein (→ *weiter bei 3.*)

☐ Ja

☐ Deckung im Rahmen des bestehenden Stellenplans

☐ Auswirkungen auf den Stellenplan im Umfang von Vollkraftstellen (Einbringung und Prüfung im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens)

☐ Siehe gesonderte Darstellung im Sachverhalt

2b. Abstimmung mit DIP ist erfolgt (Nur bei Auswirkungen auf den Stellenplan auszufüllen)

☐ Ja

☐ Nein | Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

3. Diversity-Relevanz:

☒ Nein | Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

☐ Ja

4. Abstimmung mit weiteren Geschäftsbereichen / Dienststellen:

☐ **RA und DiP** (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)

☐

☐

☐

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird ermächtig, künftig entsprechend dem vorgelegten Konzept zu verfahren.